



Wie jung ist Gott? Der Papst will in die Zukunft und verbündet sich deshalb mit der Jugend

Seite 58

45

TITELTHEMA: WAS IST HEUTE KONSERVATIV?

Konservativ, reaktionär, rechtsradikal

Eine Begriffsklärung für die verwirrte Öffentlichkeit

In der Sprache der Medizin ist eine konservative Behandlung eine, die auf chirurgische Eingriffe verzichtet. Das lässt sich auf konservative Politik übertragen: Sie meidet harte Schnitte und versucht, mit den Überlebenskräften des Bestehenden zu arbeiten. Eine Faustformel konservativen Denkens lautet: Nicht das Vorhandene muss sich rechtfertigen, sondern das Neue.

Im Sprachgebrauch der Öffentlichkeit verschwimmt das Konservative allerdings leicht mit anderen Tendenzen des rechten Spektrums, auch solchen, die im Gegenteil auf einen Sturz des Bestehenden hinarbeiten. Das sind die Reaktionäre, die zu einer verklärten Vergangenheit zurückwollen, aber auch die Kämpfer für eine völkische Erneuerung des Nationalstaates, die man eigentlich einem renovierten Faschismus zuschlagen müsste. Sie alle sind keine Konservativen, insofern sie auf eingebildete oder tatsächliche Probleme mit groben Maßnahmen reagieren wollen, während der klassische Konservatismus ja gerade Missstände hinzunehmen bereit ist, um eine radikale Lösung zu vermeiden: Der Patient muss sich nicht völlig gesund fühlen, Hauptsache, er lebt weiter.

Gleichwohl lassen sich Konservative, Reaktionäre und Neufaschisten natürlich gemeinsam der politischen Rechten zuschlagen, was indes nur die gefährliche Unschärfe des Links-rechts-Schemas beweist. Wenn man das traditionelle Muster unbedingt retten wollte, könnte man Konservative als rechts bezeichnen, Reaktionäre als rechtsradikal, die neuen Faschisten (Identitäre und Ähnliche) als rechts-extrem. Der Nachteil einer solchen Skala besteht darin, dass sie eine Art schiefe Ebene suggeriert, auf der einer, der sich als konservativ beschreibt, jederzeit über die Zwischenstation des Reaktionären zum Faschisten abgleiten kann. Für die politische Rhetorik der Linken ist das Bild der schiefen Ebene ein Vorteil: Konservative Fortschrittsskeptiker lässt sich schon als Vorschein faschistischer Unheils deuten, leider eine gängige Übung.

Tatsächlich gibt es Konservative und Reaktionäre ebenso auf der Linken. Beispiel eines Linksreaktionärs ist der italienische Dichter und Filmregisseur Pier Paolo Pasolini, insofern er Arbeiter, Bauern, regionale Minderheiten in der vorkapitalistischen Vergangenheit besser aufgehoben sah. Man kann sich sogar fragen, ob nicht Politiker heute, die den Sozialstaat, eine schließlich sehr linke Errungenschaft, gegen die Erosion durch Globalisierung und hungrige Zuwanderer wiederherstellen wollen, in diesem Sinne Linksreaktionäre sind.

Der Grund für die Flüssigkeit der Begriffe liegt in ihrer Relativität. Einen konkreten Sinn haben sie nur in einer konkreten historischen Situation. Der Widerständler Carl Goerdeler etwa galt seinen Mitverschwörern des 20. Juli als Reaktionär – weil er zu der parlamentarischen Demokratie der Weimarer Republik zurückwollte. In der Sowjetunion dagegen müsste man von Breschnew an alle Parteiführer vor Gorbatschow als Konservative sehen – obwohl Chefs einer kommunistischen Partei.

Sogar die Links-rechts-Skala ist relativ; es hat ja auch die SPD einen rechten und die CSU einen linken Rand. Es ist eine Frage der Perspektive und kann gar nicht anders sein, und doch liegt eine Gefahr in der Relativität der Begriffe, die sich je nach Standpunkt verschieben lassen. Sie erlauben jede Manipulation, Verdunkelung oder Denunziation. Verdunkelnd ist es, die AfD als konservativ zu bezeichnen, obwohl sie gegen das »System« und »Altparteien« hetzt. Der Begriff der konservativen Revolution dagegen, der in den 1920er Jahren aufkam und den Alexander Dobrindt neulich wieder für den Kampf gegen den angeblich herrschenden linken Zeitgeist empfahl, ist ein offener Widerspruch in sich. Wenn eine Revolution gegen das Vorherrschende für nötig gehalten wird, ist es mit dem klassischen Konservatismus vorbei. Als Faustregel ließe sich vielleicht formulieren: Der Begriff des Konservativen wird oft gewählt, um das Reaktionäre zu tarnen, genauso wie der Begriff des Reaktionären dazu dient, den Konservativen zu denunzieren, der Entwicklungen nicht zurückdrehen, sondern nur den Fortschritt bremsen will. **JENS JESSEN**



Fotos (M) (v.r.): T.Schulze/dpa; K.Socher/ddp; Intertopics/ddp; E.Eisner/dpa; C.Hardt/Future Image/Action press; S.Schleyer/Jullstein bild; J.Schrank/Agentur Focus; F.Zauritz; Privat; M.Mühlhaus/Attenzione/Agentur Focus; S.Kahmert/dpa; G.Lieber/Imago; A.Giuliani/laif (6)

Teilnehmer der »Erklärung 2018« und Mitstreiter

Ein neuer Salon in Berlin

Vergangene Woche erschien die »Erklärung 2018« im Netz, in der vor einer »illegalen Masseneinwanderung« gewarnt wird.

Was verbindet Intellektuelle wie Uwe Tellkamp, Karlheinz Weißmann und Cora Stephan? Eine Recherche von MARTIN MACHOWECZ

Man wolle vorbereitet sein, sagt der Mann am Telefon. Schon in 20 Jahren könne es in Teilen Deutschlands eine muslimische Mehrheitsbevölkerung geben, bislang kämpften zu wenige dagegen. Doch das werde sich ändern. Es gebe »sehr, sehr viele, die ihr Coming-out noch wagen werden, auch prominente Namen, Männer und Frauen, die mit uns und unserem Kreis sympathisieren. Der Geist weht heute rechts.« Woraufhin man stutzig wird: Mit uns? Und unserem Kreis? Wer ist das?

Der Mann am Telefon heißt Frank Böckelmann, er ist Herausgeber des neurechten Magazins *Tumult* in Dresden, und sein Name findet sich auf einer Unterschriftenliste, die seit der vergangenen Woche im Netz zu finden ist. »Gemeinsame Erklärung« ist der Titel, dazu nur zwei Sätze: »Mit wachsendem Befremden beobachten wir, wie Deutschland durch die illegale Masseneinwanderung beschädigt wird. Wir solidarisieren uns mit denjenigen, die friedlich dafür demonstrieren, dass die rechtsstaatliche Ordnung an den Grenzen unseres Landes wiederhergestellt wird.«

Was soll das sein? Eine Soli-Bekundung zu Pegida? Interessant ist der Aufruf aufgrund seiner Unterstützer: eines breiten Spektrums von Intellektuellen und politischen Aktivisten. Menschen, die in der Flüchtlingsdebatte schon mit kritischen Positionen aufgefallen sind, die aber nie gemeinsam aufgetreten sind, nie konzertiert. Thilo Sarrazin, der vor Jahren erfolgreich war mit seinem einwanderungskritischen Buch *Deutschland schafft sich ab*, gehört zu den Erstunterzeichnern. Ebenso *Welt*-Kolumnist Henryk M. Broder. Oder der Schriftsteller Uwe Tellkamp, der in Dresden gerade mit großer Resonanz die Zuwanderungspolitik kritisierte. Der frühere *Spiegel*-Kulturchef Matthias Matussek ist dabei, die CDU-Frau Vera Lengsfeld. Die Bandbreite reicht von Michael Klonsky, dem persönlichen Referenten von AfD-Fraktionschef Alexander Gauland, über den Chefredakteur der *Jungen Freiheit*, Dieter Stein – bis zum mindestens nationalkonservativen Autor Karlheinz Weißmann, einem zentralen Protagonisten der Neuen Rechten.

Was bislang unbekannt war: Dieser Kreis der Unterzeichner ist sich bestens vertraut. Von den hier Genannten zählen alle – bis auf Uwe Tellkamp – zu den Teilnehmern einer fernab der Öffentlichkeit agierenden Gesprächsrunde, eines Debattenkreises, der sich zweimal jährlich in Berlin trifft, immer mit mindestens 30, oft aber deutlich mehr Teilnehmern. Bislang ist über diese Treffen nichts publik geworden. Man fand kurz nach Beginn der Flüchtlingskrise erstmals zusammen und trifft sich mal in der Bibliothek des Konservatismus in Westberlin, dann wieder in der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus im Osten der Stadt. Die Treffen laufen offenbar immer ähnlich: Impulsvortrag (mal zur Geschichte des Islams in Europa, mal zur Meinungsfreiheit),

dann »gepflegtes Palaver«, wie ein Teilnehmer sagt, »ein Austausch von lauter Intellektuellen ohne politisches Geschick, eine ganz harmlose Runde«. Immer auch Programmpunkt im Anschluss: Essen.

Ein intellektueller Zirkel, ein Debattiersalon, ist in linken und bürgerlichen Milieus anerkannte Praxis des politischen Lebens. Dass Konservativ-Bürgerliche und Vertreter der Neuen Rechten aber auf diese Weise in Kontakt kommen – das gab es bislang nicht. Ist es ein Zeichen von neuer deutscher Lässigkeit, wenn die Gruppe um Lengsfeld, Sarrazin, Broder, Böckelmann und anderen – ein Kreis von Liberalkonservativen bis zu strammen Rechtsaußen, von SPD und CDU bis weit in die AfD – nun per Unterschriftenliste den Schritt ans Licht wagt? Oder stimmt gar, was Letzterer, was Böckelmann sagt: Weht der neue Geist im Land rechts?

Viele in diesem Salon – so viel wird klar, wenn man sich durch den Teilnehmerkreis telefoniert – halten das Rechtssein jedenfalls für das eigentliche Abenteuer dieser Zeit. Andere sorgen sich um ihren Ruf für den Fall, dass ihre Teilnahme bekannt wird. Manche aber reden recht unbekümmert. Vera Lengsfeld etwa.

Sie erreicht man in ihrem Landhaus in Thüringen, hier hat sie ihre ersten Lebensjahre verbracht, hierhin kehrte sie später, als CDU-Bundestagsabgeordnete, zurück. Lengsfeld war Bürgerrechtlerin in der DDR-Zeit, vernetzt in der widerständigen Ostberliner Szene; später wurde sie Merkel-Anhängerin. Inzwischen zählt sie zu ihren erbittertesten Gegnern. Aus dem Bundestag schied sie 2005 aus. »Die Menschen in unserem Gesprächskreis«, sagt Lengsfeld, »sorgen sich um die Entwicklung unseres Landes.« Was bedeutet das? »Da geht es schon mal darum, dass man sich endlich ehrlich machen soll. Es sind zum größten Teil keine Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen.« Beim letzten Treffen des Gesprächskreises, sagt Lengsfeld, habe man deshalb überlegt: »Was können wir tun? Die Leute warten nicht auf unsere Gelehrtenanalysen. Sie warten auf unsere Solidarität.« Daraus sind die beiden Sätze entstanden. »Es gehe in der »Erklärung 2018« darum, mit jenen solidarisch zu sein, die sich auf Demonstrationen – in Kandel, Bottrop, Cottbus, Hamburg, demnächst Nürnberg – gegen die Politik der Bundesregierung stellen.

Kann man es als Sympathiebekundung für Pegida lesen? Nicht für die Dresdner Organisatoren, so Lengsfeld. Für die meisten Demonstranten vielleicht schon.

Nicht jeder Unterzeichner des Aufrufs ist zugleich Mitglied des Gesprächskreises. Tellkamp, der Dresdner Kabarettist Uwe Steimle, die frühere *Tageschau*-Sprecherin Eva Herman stehen auf der Liste – sollen aber nie Teil der Runden in Berlin gewesen sein. Auch weitere Prominente sind von Lengsfelds Unterstützern angefragt worden, so etwa der Dirigent Christian Thielemann, der ablehnte. Ebenso weigerten sich

bekannte Teilnehmer des Gesprächskreises, den öffentlichen Aufruf zu unterzeichnen: Rüdiger Safranski nimmt an den Salons teil, findet sich aber nicht unter den Unterzeichnern. Die frühere *Spiegel*-Redakteurin Cora Stephan stand zunächst auf der Unterschriftenliste, ließ sich aber wieder streichen. Sie teilt mit, dass sie sich öffentlich lieber »mit mehr als einer bloßen Unterschrift« äußere. Aber dann ist da noch das kuriose Verschwinden der Unterschrift von Ellen Kositzka: Sie, eine – nach eigener Auskunft – »knallrechte« Autorin, überdies die Ehefrau des neurechten Verlegers Götz Kubitschek, war ebenfalls Erstunterzeichnerin des Aufrufs. Nach wenigen Stunden wurde sie wieder getilgt – offenbar, weil sich andere Unterzeichner beschwert hatten.

Der Umgang mit Ellen Kositzka zeigt, wie schwierig der Umgang mit der Neuen Rechten allgemein ist – gerade dort, wo dezidierte Flüchtlingskritiker miteinander debattieren: Soll man diese Strömung ausschließen? Über Kositzka toben Debatten in der Gruppe. Ein Mitglied des Gesprächskreises soll sie zu einer der ersten Veranstaltungen mitgebracht haben; sie wurde aber wieder hinauskomplimentiert. Und wie soll man zu einem Mann wie Matthias Matussek stehen, der die gediegene Debattenkultur insofern hinter sich gelassen hat, als er inzwischen auf der Hamburger Anti-Angela-Merkel-Demo auftrat; dort »Widerstand« und »Merkel muss weg« im Chor rief?

Man muss mit dem Mann sprechen, mit dem alles anfang. Jörg Baberowski, Historiker an der Humboldt-Universität zu Berlin, forscht gerade in Moskau, man erreicht ihn erst nicht, dann meldet er sich doch: Er suche eigentlich nicht das Licht der Öffentlichkeit, schon gar nicht mit seinem Gesprächskreis, sagt er.

2015 schrieb Baberowski einen Text in der *FAZ*. Auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise klagte er über ungesteuerte Einwanderung, lange bevor das gängige Meinung war – es brachte ihm einen Shitstorm ein. Die, die sich damals mit ihm solidarisierten, waren die Ersten, unter denen die Idee zu regelmäßigen Treffen geboren wurde: »Ein Kreis, in dem sich Menschen unterschiedlicher Couleur treffen, auch bekannte Publizisten und Schriftsteller. Man kann seine Meinung offen und ohne Konsequenzen sagen, es ist ein Schutzraum, wie ich ihn in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit seit Jahren vermisse.« Bei der Organisation kommt Baberowski unter anderem Eberhard Sens zu Hilfe, langjähriger Essay-Redakteur beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Was wollen die Diskutanten? Baberowski sagt: »Manche sehen die Meinungsfreiheit in Gefahr, zu denen gehöre ich auch. Ich weiß nicht, warum Religionskritik, Kritik am Islam, rechts sein soll. Aber das wird immer gleich gerufen.« Und wie findet er die Beteiligung von einem Publizisten wie Karlheinz Weißmann? Der war Schüler Armin Mohlers, des zentralen Vordenkers der Neuen Rechten, und gründete einst mit Götz Kubitschek das »Institut für Staatspolitik« in Schnellroda. »Wenn sich Intellek-

tuellen treffen, die immer nur einer Meinung sind«, sagt Baberowski, »dann macht ein Gesprächskreis keinen Sinn. Ein Henryk M. Broder hat, mit seiner jüdischen Familiengeschichte, sicher riesige Probleme mit einem Nationalkonservativen. Aber er will den Gesprächsfaden zu solchen Leuten nicht abreißen lassen. Wieso sollte ich es dann tun?« Broder selbst sagt: »Wenn ich Straßenbahn fahre, frage ich auch nicht, ob da Leute dabei sind, deren politische Meinung ich nicht teile.« Alle, die man fragt, betonen: Man dulde keine Nazis, das Etikett werde viel zu schnell angeklebt.

Eine Angst habe er, sagt Baberowski: dass der Gesprächskreis ende, sobald die *ZEIT* darüber berichtet. Es sei schon jetzt so, dass viele Menschen, die dort hingehen, Angst hätten, diskreditiert zu werden: »Ich fürchte es schade, traurig, wenn es so weit kommen würde.« Er hat, auch deshalb, die »Erklärung 2018« nicht unterzeichnet. Die habe Vera Lengsfeld mit ihren Leuten aus Ostdeutschland initiiert. Die seien aktivistischer. Tatsächlich findet sich in der Gesprächsrunde eine interessante Melange aus konvertierten Alt-68ern West und wütenden Alt-89ern Ost. Und es gibt zwei Sorten von Mitgliedern: die, die diesen Club gar nicht groß genug schildern können, als machtvolle Gruppe kluger Menschen, die sich überlegen, wie das Land grundlegend zu verändern sei, »verbunden durch eine Gegnerschaft gegenüber den großen Medien und dem Mainstream«, wie einer sagt. Und die anderen, die das Interesse haben, den Kreis kleinzureden: Was sei schon dabei, wenn Menschen miteinander sprächen, ohne Hintergedanken?

Thilo Sarrazin gehört zu den bekanntesten Mitgliedern des Kreises. Erstmals sei er vor zwei Jahren eingeladen worden, um den einführenden Vortrag zu halten – über Medien, Flüchtlinge, seine Erfahrungen nach Veröffentlichung seines Buchs *Deutschland schafft sich ab*. Dann sei er immer wiedergekommen. Warum? »Jeder Mensch braucht Resonanzraum. Und dies ist ein Resonanzraum, den ich in der politisch-medialen Öffentlichkeit sonst kaum finde.« Die Teilnehmer seien »teilweise sozialdemokratisch-konservativ wie ich, andere liberalkonservativ, wieder andere ziemlich konservativ«. Karlheinz Weißmanns Texte gingen ins »richtig Konservative«, sagt Sarrazin. »Die sind auch mir oft ein wenig krass. Aber der Mann ist kein Schwätzer. Jeder hat seinen Zugang.« Und eines sei ja rechts wie links gleich: »An den Rändern des politischen Spektrums geht es unübersichtlich zu.«

Wo will diese Gruppe hin, hat sie höhere politische Ziele, geht sie irgendwann auf die Straßen? Thilo Sarrazin sagt, das sei nicht geplant. Aber eines sei auch klar: »Man kann im Nachhinein nie genau sagen, was die Lawine auslöst hat. Ein Windzug? Vogelschlag? Wie kam es zu Gorbatschow und dem Mauerfall? Erst nachträglich gibt alles zusammen ein Bild ab.«